

## **Vor 20 Jahren brachen die Ökonomien in Ost- und Südostasien ein. Der IWF empfahl giftige Medizin mit verheerenden Folgen. Doch mittlerweile hat sich die Region von den alten Mächten weitgehend unabhängig gemacht**

11.08.2017, von Wolfgang Pomrehn | [Originalartikel](#)



Rien ne va plus. Die Währungskrise in Südostasien im Sommer 1997 griff auf die Aktienmärkte über. Zahlreiche Indizes weltweit brachen ein. Die mexikanische Börse (Foto) verzeichnete am 27. Oktober des Jahres ihren grössten Kursverlust. Foto: Andrew Winning/REUTERS

In diesen Wochen ist es 20 Jahre her, dass in Ost- und Südostasien Millionen Menschen buchstäblich über Nacht der Teppich unter den Füßen weggezogen wurde. Viele Jahre war die Wirtschaft der vier sogenannten Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur praktisch krisenfrei gewachsen, ebenso die vieler ihrer Nachbarn. Die Erwerbslosenquote war sehr niedrig, Arbeit für die meisten zwar schlecht bezahlt, aber hier und da hatten Gewerkschaften mancherlei Zugeständnisse erreichen können, und für den grössten Teil der Arbeiterklasse war Hunger zu einer unbekanntenen Grösse geworden. Das sollte sich im Sommer 1997 innerhalb weniger Wochen ändern.

Das Unglück nahm seinen Ausgang in Thailand. Das alte, autoritär regierte Königreich konnte eine Zeitlang die weltweit am schnellsten wachsende Volkswirtschaft vorweisen. Zwischen 1985 und 1995 legte die Wirtschaftsleistung um durchschnittlich 9,8 Prozent pro Jahr zu, begann dann allerdings ab 1996 zu lahmen. Einige Staaten wie etwa Südkorea hatten sich in den vorhergehenden Jahrzehnten von ganz unten hochgearbeitet, waren ab den 1960ern aus der Gruppe der ärmsten Länder aufgestiegen und nun auf dem besten Wege, als Industriestaaten zu gelten. Südkorea wurde 1996 in den Klub der reichen Länder, die OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development), aufgenommen.

In Taiwan, den Philippinen und Südkorea war es erst ein knappes Jahrzehnt her, dass die jeweiligen Militärdiktaturen durch breite Volksbewegungen gestürzt werden konnten. In Indonesien regierte noch der Helmuth-Kohl-Freund Hadschi Mohammed Suharto, der 1965 durch den vermutlich blutigsten Putsch der an von westlichen Geheimdiensten orchestrierten Umstürzen nicht eben armen zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an die Macht gekommen war.

Alle Zeichen in der Region schienen auf unhaltbares Wachstum und Fortschritt zu stehen. Die Gründungsstaaten der südostasiatischen Allianz ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), Indonesien, Thailand, Singapur, die Philippinen und Malaysia, verfolgten ein ganz auf den Export setzendes Entwicklungsmodell, das zuvor bereits zunächst in Japan und dann in Singapur, Taiwan, Hongkong und Südkorea sehr erfolgreich gewesen war. Der Beginn wurde meist mit dem Aufbau einer auf billigste Arbeitskraft setzenden Textilindustrie gemacht, später folgte der Zusammenbau elektronischer Vorprodukte. Mit dem so akkumulierten Kapital konnten Produktionsketten mit höherer Wertschöpfung gebildet werden, die zugleich mehr Knowhow und eine besser ausgebildete Arbeiterklasse voraussetzten. Taiwan und Südkorea waren bereits im grossen Massstab in die Halbleiterproduktion eingestiegen, letzteres Land hatte eine eigene Schwerindustrie und immerhin zwei Automobilhersteller hervorgebracht.

### **Wie alles anfing**

Noch im Juni 1997 hatte die hauptsächlich von Japan und den USA kontrollierte Asiatische Entwicklungsbank in ihrem »Ausblick für '97 und '98« verkündet: »Die Wirtschaft (Südostasiens) wird im allgemeinen als gesund angesehen, und das Eingreifen der Verantwortlichen hat wahrscheinlich eine breitere monetäre Krise von der Art, wie sie Mexiko 1994 erlebte, vermeiden.« Wenige Tage später war diese Aussage Makulatur.

Am 2. Juli 1997 sah sich die thailändische Regierung gezwungen, die Bindung des thailändischen Baht an den US-Dollar aufzugeben. Die Zentralbank in Bangkok war nicht mehr in der Lage, durch den Aufkauf von Baht den gewünschten Kurs zu halten. Auch erhebliche Zinserhöhungen in den Monaten zuvor hatten den Druck auf die thailändische Währung nicht vermindern können.

Grosse Hedgefonds hatten mit sogenannten Futures gegen den Baht spekuliert. Das heisst, sie hatten in grossem Umfang Verträge abgeschlossen, die sie verpflichteten, zu einem festgelegten Datum in der Zukunft bestimmte Dollar-Summen zu einem fixierten Betrag an Baht aufzukaufen. Wenn der Baht zwischenzeitlich abwerten würde, hätten sie gewonnen.

Genau das trat ein, weil die thailändischen Devisenreserven schliesslich nahezu aufgebraucht waren und die Zentralbank nichts mehr gegen das Überangebot an Baht am kaum regulierten Devisenmarkt unternehmen konnte. Die thailändische Währung wertete von einem Tag auf den anderen um 15 Prozent ab und verlor rasch weiter an Wert. Die Hedgefonds strichen gewaltige Gewinne ein. Meist hatten sie ihre Zentralen in den USA. Vor allem der weniger bekannte Tiger Fund und in geringerem Ausmass auch der seinerzeit von George Soros geleitete Quantum Fund hatten gegen den Baht gewettet. Der Tiger Fund soll drei Milliarden US-Dollar eingesetzt haben, der später hauptsächlich kritisierte Quantum Fund eine Milliarde. Besonders aus Malaysia gab es im nachhinein schrille antisemitische Ausfälle des dortigen autoritär regierenden langjährigen Ministerpräsidenten Mahathir Mohammed gegen George Soros.

### **Ausbreitung**

Die Aufhebung der Dollar-Bindung in Thailand war nur der erste Dominostein. Noch im gleichen Monat gerieten auch die Währungen einiger Nachbarstaaten unter Druck: Der philippinische Peso, Indonesiens Rupiah und Malaysias Ringgit werteten ebenfalls drastisch ab. Und was als Währungskrise begann, griff schon bald auf die Aktienmärkte über. Der Hongkonger Hang-Seng-Index verlor innerhalb von drei Wochen 15 Prozent. Auch an der New Yorker Wall Street wurden die Broker nervös. Am 15. August 1997 erlebte der Dow-Jones-Index seinen stärksten Rückgang seit Oktober 1987. Am 24. Oktober 1997 gab es einen erneuten, noch stärkeren Einbruch.

Während sich seinerzeit die Aktienkurse an der New Yorker Börse wieder erholten, sackten die Notierungen auf den Märkten Ost- und Südostasiens weiter ab. Die Region schlitterte immer tiefer in die Krise. Bis zum 31. Dezember 1997 hatten die Aktien in Thailand, Südkorea, Hongkong und Indonesien rund 200 Milliarden US-Dollar an Wert verloren. Doch damit war das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Nach einem Zwischenhoch im Frühjahr 1998 ging die Talfahrt allerorten weiter. Selbst in Australien und Neuseeland gerieten Aktienbesitzer ins Schwitzen.

In Bangkok hatte der dortige Aktienindex bis zum Sommer 1998 rund 73 Prozent gegenüber seinem Höchststand vom Dezember 1996 verloren. Im gerade zu China zurückgekehrten Hongkong mit seiner auch heute noch neben Singapur und Tokio bedeutendsten Börse der Region war der Hang-Seng-Index binnen eines Jahres um rund 60 Prozent gefallen. In Südkorea kam es zu einer Welle von Streiks und Betriebsbesetzungen, in Indonesien gab es Unruhen wegen steigender Preise für Grundnahrungsmittel. Schliesslich lenkten bis heute nicht identifizierte Kreise aus Militär und Regierungspartei den wachsenden Unmut auf einen Sündenbock und zettelten Pogrome gegen die chinesische Minderheit an. Diktator Suharto, der zum offensichtli-

chen Hindernis für die Stabilisierung der Verhältnisse geworden war, wurde in diesem Zusammenhang zum Rücktritt gezwungen.

### **Rettungsanker hält**

Im Laufe des Jahres 1998 breitete sich die Krise auch auf andere Schwellenländer aus. Im August 1998 rutschte zunächst Russland ab, im Oktober Brasilien. Noch im Winter 98/99 war unklar, ob sich das Ganze vielleicht zur grossen Weltwirtschaftskrise auswachsen könnte. Nur China galt noch als Rettungsanker, aber auch der schien keinen rechten Halt zu bieten.

Wie in den anderen Krisenländern auch hatten dort die Banken Unmengen fauler Kredite angehäuft, Verbindlichkeiten, die von den Schuldnern nicht mehr bedient wurden. Viele alte Staatsbetriebe schrieben rote Zahlen. Das Land war mitten in einer grossen Umstrukturierungsphase, in der bis Mitte 1999 knapp 20 Millionen Industriearbeiter und Bankangestellte ihre Beschäftigung verloren.

Aber die Volksrepublik hatte gegenüber den Krisenländern ein paar wesentliche Vorteile: Der Kapitalverkehr war streng reglementiert und kontrolliert. US-Dollars durften nicht eingeführt, sondern mussten bei der Zentralbank eingetauscht werden. Auch der Abzug von Kapital war schwierig, und die damals noch sehr jungen Börsen hatten noch keinen Einfluss auf die Realwirtschaft und waren für Ausländer ohnehin kaum zugänglich. Ausserdem tat China etwas, für das es seinerzeit sehr viel Lob erntete, später aber zum beliebten Prügelknaben wurde: Es hielt den Wechselkurs seiner Währung stabil und verhinderte eine Abwertung, die seiner Exportindustrie einen erheblichen Vorteil verschafft hätte. Letztlich trug das entscheidend zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei.

Für die unteren Bevölkerungsschichten in den Krisenländern war das allerdings nur ein geringer Trost. Sie hatten überall die Folgen des Zusammenbruchs zu tragen. Im russischen Sibirien fielen im Winter in mehreren Städten die Heizkraftwerke aus und liessen viele Bewohner bei Temperaturen unter minus 20 Grad Celsius ohne Heizung dastehen. In Brasilien breitete sich wie in Indonesien der Hunger wieder aus. In dem südamerikanischen Land vervierfachte sich binnen zwei Jahren die Zahl der in Armut lebenden Menschen auf rund 90 Millionen, was seinerzeit nicht ganz der Hälfte der Bevölkerung entsprach. In Südkorea wurde wie anderswo die Krise zu einem rücksichtslosen Angriff auf die Arbeiterrechte genutzt, reihenweise wurden Gewerkschafter, die nicht stillhalten wollten, inhaftiert. Arbeitslose blieben oft ohne jede Unterstützung, und die südkoreanische Selbstmordrate legte um mehr als ein Drittel zu.



La lutte continue. In Südkorea führte die Krise zu einer Welle von Streiks und Betriebsbesetzungen auf der einen und zu einem rücksichtslosen Angriff auf die Arbeiterrechte auf der anderen Seite (Arbeiter des Automobilherstellers Kia protestieren am 3. April 1998 in Seoul gegen Entlassungen) Foto: Yun Suk Bong/REUTERS

## **Boom, Überhitzung, Überschuldung<sup>1</sup>**

Meist waren die sozialen Einschnitte vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordnet worden. Das Muster war überall das gleiche wie auch zuletzt in Griechenland. Unternehmen und Banken hatten sich im Ausland hoch verschuldet. Begünstigt worden war dies meist durch eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs – eine der Säulen des neoliberalen Glaubensbekenntnisses – und durch eine feste Bindung der jeweiligen Landeswährung an den US-Dollar. Beides ist technisch mit dem Beitritt Griechenlands zum Euro vergleichbar.

Die Liberalisierungen zogen zunächst eine Welle billiger Kredite an, die für einen Boom in dem jeweiligen Land sorgten, in Thailand wie später in Spanien und Griechenland vor allem in der Immobilienbranche. Das Geld dafür besorgten sich die Banken im Ausland. Das böse Erwachen folgte, nachdem die Konjunktur sich überhitzt hatte, die Immobilienpreise nicht mehr weiter stiegen und neue Fabriken schneller entstanden, als Abnehmer für die wachsende Flut an Produkten gefunden werden konnten. Nun blieben die Banken mehr und mehr auf ihren Forderungen sitzen, hatten aber nach wie vor die in US-Dollar aufgenommenen Kredite zu bedienen.

Wie später nach der Finanzkrise in Europa 2008 sprangen auch in Ost- und Südostasien die Regierungen ein und übernahmen die privaten Schulden der Banken. Staaten wie etwa Thailand oder Südkorea, für die »Verschuldung« lange Zeit ein Fremdwort gewesen war, galten nun auf einmal nach den Kriterien des IWF als überschuldet. Die Gläubiger waren hauptsächlich in Europa und Japan zu suchen. Ende 1996 hatten südkoreanische Banken im Ausland Schulden in Höhe von insgesamt rund 100 Milliarden US-Dollar gehabt. Mit 33,8 Milliarden entfiel davon der grösste Brocken auf die Europäische Union. Japan und die USA folgten mit 24,3 und 9,4 Milliarden US-Dollar. Deutsche Banken hatten Mitte 1997 in Indonesien, Malaysia, Südkorea und Thailand 29,6 Milliarden und in Russland weitere 30 Milliarden US-Dollar Aussenstände.



## **Das IWF-Diktat**

Der IWF sprang mit Feuerwehkkrediten ein, um die Zahlungsfähigkeit zu erhalten und die Schuldentilgung an die ausländischen Gläubiger zu gewährleisten. Allerdings waren die neuen Kredite mit harten Auflagen verbunden, deren verheerende Wirkung eigentlich schon längst aus der grossen Schuldenkrise der Entwicklungsländer Afrikas und Lateinamerikas in den 1980er und frühen 1990er Jahren bekannt war.

Um die Währungen zu stützen, verlangte der Fonds von den Regierungen Zinserhöhungen, die die wirtschaftlichen Aktivitäten weiter strangulierten. Ausserdem mussten die öffentlichen Ausgaben gekürzt und die Mehrwertsteuersätze angehoben werden. Weitere Bedingung: die Grenzen für Importe zu öffnen und die Politik der Importdiversifizierung aufzugeben. Und obwohl die Krise gerade gezeigt hatte, wie verheerend die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der Finanzmärkte sein kann, wurde zum Beispiel von Südkorea verlangt, die Beschränkungen für ausländische Beteiligungen an koreanischen Aktiengesellschaften auf 55 Prozent anzuheben, und den Finanzmarkt vollständig zu öffnen.

Nach Ansicht vieler Gewerkschafter, sozialer Bewegungen und linker Ökonomen wirkten die IWF-Auflagen krisenverschärfend. Selbst der seinerzeitige Weltbank-Chefökonom Joseph Stiglitz reihte sich in die Front der Kritiker ein. Statt strenger Haushaltspolitik sei eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben gefordert, meinte er. Soziale Sicherungssysteme müssten her, um den Abstieg von Millionen in die Armut zu verhindern.

In einigen Staaten folgte man ab Mitte 1998 diesem keynesianischen Ansatz. Hongkong, Singapur, das von der Krise nur ein paar kleine Kratzer abbekam, Malaysia und Japan, das ohnehin seit Ende der 1980er nicht so recht aus der Stagnation herausgekommen war und nun erneut in eine Rezession stürzte, legten milliardenschwere Infrastrukturprogramme auf. Meist zielten diese darauf ab, die Bauwirtschaft wieder anzukurbeln.

Ob es nun an diesen Programmen lag oder aber daran, dass die Wirtschaft der USA, einer der wichtigsten Abnehmer der Exporte aus den Krisenländern, 1999 mit mehr als vier Prozent besonders stark wuchs – die Region erholte sich überraschend schnell von dem grossen Schock, und die grosse Weltwirtschaftskrise blieb vorerst aus. Nur in Japan wollten die Programme zur Stimulation der Ökonomie nicht recht fruchten, erst im Jahr 2000 begann dort die Wirtschaft wieder zu wachsen.

## **Ein neuer Fonds**

Aus den bitteren Erfahrungen mit dem IWF schlauer geworden, haben die ASEAN-Staaten, neben den oben genannten sind das ausserdem Brunei, Myanmar, Laos, Kambodscha und Vietnam, gemeinsam mit China, Japan

und Südkorea ab dem Jahre 2000 für Abhilfe gesorgt. Aus gemeinsamen Verhandlungen ging 2010 mit der Chiang-Mai-Initiative ein Fonds hervor, der in Falle von Zahlungsschwierigkeiten seiner 13 Mitgliedsländer kurzfristig Kredite vergeben kann. Dafür stehen Finanzreserven von umgerechnet 240 Milliarden US-Dollar (204,2 Milliarden Euro) zur Verfügung.

Tätig geworden ist dieser neue Fonds, der sich offiziell nicht als Konkurrenz zum IWF versteht, bisher nicht. Er ist jedoch Ausdruck eines Trends, dessen Anfänge vor 20 Jahren erst zu erahnen waren: Ost- und Südostasien sind inzwischen wesentlich stärker zusammengewachsen.

1998 dominierte Japan noch als stärkste Industriemacht die Region, und der Handel der anderen Staaten konzentrierte sich meist auf die sogenannte Triade Japan, USA, Westeuropa. Selbst in der seinerzeit bereits seit 30 Jahren existierenden ASEAN, die in den Jahren zuvor neue Mitglieder aufgenommen hatte, war der Warenaustausch extrem unterentwickelt. Die Ausnahme spielte lediglich der Stadtstaat Singapur, der für die Nachbarländer als eine Art Warenumsschlagplatz diente und heute noch dient.

### **Der China-Faktor**

Auch die enormen Möglichkeiten, die der Aufstieg Chinas seinen Nachbarländern bieten würde, waren in Südostasien gerade erst erkannt worden. Mancher Politiker in Malaysia und Indonesien hatte noch Schwierigkeiten, vom gewohnten Ressentiment auf Kooperation umzustellen. In beiden Ländern waren in den 1960er Jahren schlimme Pogrome gegen die chinesische Minderheit verübt worden, denen insbesondere in Indonesien nach dem Suharto-Putsch mehrere hunderttausend Menschen zum Opfer gefallen waren.

Die alten Wunden sind inzwischen vernarbt, die Taten aber sicherlich nicht vergessen. Die ökonomische Zusammenarbeit blühte indes regelrecht auf. Als Indonesien im Zuge der 2007 in den USA ausgebrochenen Finanzkrise in kurzfristige Zahlungsschwierigkeiten geriet, wobei der Chiang-Mai-Fonds noch nicht funktionsfähig war, bat das Land China und Japan um Hilfe. Rund zehn Prozent seiner Exporte gehen heute nach China, mit dem es vor 20 Jahren einen kaum nennenswerten Austausch gab.

Heute ist die Volksrepublik als Käufer indonesischer Produkte genauso wichtig wie Japan und die USA. Ähnlich steht es um die thailändischen Ausfuhren, und für Malaysia ist China sogar zum wichtigsten Abnehmer aufgestiegen. Noch stärker profitiert Südkorea vom expandierenden chinesischen Markt. 30 Prozent der südkoreanischen Ausfuhren werden jenseits des Gelben Meeres abgesetzt, womit die Volksrepublik für das geteilte Land mit Abstand der wichtigste Handelspartner ist.

Für die zehn ASEAN-Staaten, die diesen Tag das 50jährige Bestehen ihrer Allianz feierten, ergibt sich im ganzen folgendes Bild: 2015 gingen nach den Statistiken der Organisation 11,4 Prozent der Exporte nach China. Die USA nahmen 10,9, die EU 10,8 und Japan 9,6 Prozent ab. Bei den Einfuhren war Chinas Gewicht noch grösser. Fast 20 Prozent kamen von dort, wohingegen die EU und mehr noch die USA eine negative Handelsbilanz mit der ASEAN aufweisen, also dort weniger absetzen können, als sie von dort beziehen.

Auch untereinander hat der Warenaustausch stark zugenommen. Immerhin ein knappes Viertel des Aussenhandels wird unter den ASEAN-Mitgliedern abgewickelt, die inzwischen eine gemeinsame Freihandelszone geschaffen haben. Damit hat die Allianz zwar noch nicht den Grad ökonomischer Integration der EU erreicht, nach deren Vorbild sie im letzten Jahrzehnt begonnen hatte, gemeinsame Institutionen zu schaffen und das Bündnis zu festigen. Aber die Staaten haben ihre einstige einseitige Abhängigkeit von der Triade und den alten Kolonialmächten inzwischen weit hinter sich gelassen, und diese müssen sich langsam daran gewöhnen, dass die Tage der Vormacht des Westens und damit unter anderem auch der IWF-Diktate gezählt sind.